Beratungsprotokolle: Götzl mahnt Bundesregierung zur Umsetzung des Koalitionsvertrags

(Mynewsdesk) München, 20. August 2014 - Alarmiert zeigt sich Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), angesichts des zunehmenden Rückzugs regionaler Banken aus der Aktienberatung. ?Vor allem kleinere Institute bieten regulierungsbedingt immer weniger Aktienberatung an?, so Götzl. Ursächlich dafür seien in erster Linie die in den letzten Jahren eingeführten Beratungsprotokolle und Produktinformationsblätter.

Der Präsident der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken hält eine kürzlich dazu vom Deutschen Aktieninstitut vorgelegte Studie (?Regulierung drängt Banken aus der Aktienberatung?) für zutreffend. Laut dieser Untersuchung bieten über 40 Prozent der Banken mit einer Bilanzsumme von weniger als 500 Millionen Euro keine Aktienberatung mehr an. ?Das deckt sich in der Größenordnung mit den Ergebnissen vieler Gespräche, die ich dazu führe. Und diese Entwicklung empfinde ich als erschreckend?, hält Götzl fest.

In einer an renditestarken Anlagen armen Zeit würden so regulierungsbedingt viele Kunden von einer attraktiven Anlagemöglichkeit abgeschnitten und bei Anlageentscheidungen alleine gelassen. Es sei deshalb dringend notwendig, die politischen Konsequenzen aus der Einführung von Beratungsprotokollen und Produktinformationsblättern zu ziehen. Es gelte, die Rahmenbedingungen für eine Bankberatung anlegergerecht zu justieren. ?Die Bundesregierung muss ihr eigenes Pflichtenheft ernst nehmen und das umsetzen, was sie im Koalitionsvertrag angekündigt hat: Danach sollen ‚die Zweckmäßigkeit und Verständlichkeit von Produktinformationsblättern und Beratungsprotokollen regelmäßig überprüft und Verbesserungen umgesetzt werden??, mahnt Götzl.

In diesem Sinne fordert der Repräsentant der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken, dass Anleger auf eigenen Wunsch im Beratungsgespräch auf ein Protokoll verzichten können. Außerdem sollten Produktinformationsblätter für Einzelaktien sowie einfache Anleihen abgeschafft werden und der Verbraucherschutz im Finanzbereich sich wieder stärker am Leitbild des mündigen Bürgers orientieren. Götzl: ?Ich plädiere dafür, den Menschen im Bereich der ökonomischen Bildung gezielte Hilfestellungen zu geben, ihnen dann aber auch etwas zuzutrauen und sie nicht bevormunden zu wollen.?

Shortlink zu dieser Pressemitteilung:
http://shortpr.com/9x1lu4

Permanentlink zu dieser Pressemitteilung:
http://www.themenportal.
de/wirtschaft/beratungsprotokolle-goetzl-mahnt-bundesregierung-zur-umsetzung-des-koalitionsvertrags-87246

Pressekontakt

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Herr Jürgen Gros
Türkenstraße - 24 22
80333 München

presse@gv-bayern.de

Firmenkontakt

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Herr Jürgen Gros
Türkenstraße - 24 22
80333 München

gv-bayern.de
presse@gv-bayern.de

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) vereint unter seinem Dach 1.296 genossenschaftliche Unternehmen mit rund 2,8 Millionen Mitgliedern. Dazu zählen 286 bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie 1.010 ländliche und gewerbliche genossenschaftliche Unternehmen. (Stand 30.6.2014)